

## Der Befehl, keinen Krieg zu führen

20 Jahre Afghanistaneinsatz – oder vom Sinn und Unsinn der Out-of-Area Operations | Von Sönke Neitzel



Die ersten 13 Jahre: International Security Assistance Force. (Es ging noch weiter)

Alles schien gut im Januar 2002. Die Bundesrepublik hatte sich nach den Anschlägen vom 9/11 mit den Vereinigten Staaten solidarisch gezeigt, die erste Afghanistankonferenz auf dem Petersberg ausgerichtet und beteiligte sich nun mit eigenen Soldaten sowohl an der ISAF- als auch an der OEF-Mission.

Nach 25 Jahren Krieg und der Schreckensherrschaft der Taliban stellte niemand in Zweifel, dass es geboten war, sich am Hindukusch zu engagieren. Doch nach ruhigem Beginn verlief der Einsatz ganz anders als in Bosnien oder im Kosovo, wo die Intervention der westlichen Staatengemeinschaft die Gewalt beendet und den Frieden gesichert hatte. In Afghanistan konnte sich die Bundeswehr nach einigen Jahren nicht mehr damit begnügen, in offenen Jeeps durch die Gegend zu fahren und darauf zu hoffen, dass sich alles von allein regeln würde. Sie musste kämpfen und töten – und konnte doch nicht für dauerhafte Stabilität sorgen.

Was so hoffnungsvoll am 1. Januar 2002 mit der Ankunft der ersten deutschen Offiziere auf dem Flughafen Kabul begann, ging am 30. Juni 2021 mit der Rückkehr der letzten Soldaten zu Ende. Angesichts der nun drohenden erneuten Machtübernahme der Taliban mangelt es nicht an kritischen Stimmen, die darauf hinweisen, dass der Westen gescheitert sei. Andere verteidigen das Engagement, weisen zu Recht darauf hin, dass Afghanistan heute ein anderes Land ist als 2001, dass es erhebliche Fortschritte im Ausbau von Bildung und Infrastruktur gab und dass Al-Qaida aus dem Land verdrängt wurde.

Im Nachhinein ist es natürlich immer leicht, Kritik zu üben. Aus außenpolitischen Gründen war es für die damalige Bundesregierung unumgänglich, sich in Afghanistan zu engagieren. Allerdings: Derart strategielos in den Einsatz gestolpert zu sein, bleibt ein schweres Versäumnis – trotz aller politischen Zwänge und gut gemeinter Absichten. Den Ressorts blieb es damals selbst überlassen, was sie vor Ort zu tun gedachten. Eine Koordinierung gab es nicht. Entgegen dem deutschen Selbstbild als Zivilmacht hielten sich Auswärtiges Amt, Entwicklungshilfeministerium (BMZ) und Innenministerium (BMI) anfangs auffallend zurück. Die Soldaten sollten es richten.

Allerdings: Brauchte man in der Anfangszeit nicht viel mehr zivile Kräfte? Während die Bundeswehr mit vielen hundert Männern und Frauen anrückte, begannen 2002 gerade einmal 16 Beamte mit dem Aufbau der afghanischen Nationalpolizei. Die Logik des Einsatzes wurde nie vom Impact vor Ort bestimmt. Stattdessen ging es darum, außenpolitisches Kapital zu gewinnen und dabei möglichst wenig innenpolitisches Porzellan zu zerschlagen. Ob ein koordinierter und ergebnisorientierter Einsatz aller Ressorts am Endergebnis etwas Grundlegendes geändert hätte, kann man trefflich bezweifeln.

Es lag nicht in der Hand der Bundesregierung, die ISAF-Operation zum Erfolg zu führen – dafür waren die Herausforderungen zu groß. Allerdings muss sich Berlin an den eigenen Ansprüchen von „good governance“ messen lassen. Wer planlos und unkoordiniert in einen Einsatz schlafwandelt, wer vor den Realitäten jahrelang die Augen verschließt, wer Soldaten in einen Krieg schickt, ihnen aber befiehlt, keinen Krieg zu führen, der darf sich nicht wundern, wenn die politischen Kollate-

ralschäden im In- und Ausland erheblich sind. Um nur ein Beispiel zu nennen: Die vertikale Kohäsion zwischen Bundeswehrgoldaten einerseits und der politischen Führung andererseits hat über die Jahre des Afghanistaneinsatzes massiv gelitten. Dienen durch Einsicht war kaum mehr möglich, und dafür tragen Regierung und Parlament in erster Linie die Verantwortung.

Da es bald an überzeugenden und ehrlichen Erklärungen für den Einsatz mangelte, kann auch die weitverbreitete Kritik der Bevölkerung an Auslandseinsätzen nicht überraschen. Wie soll man Missionen unterstützen, wenn der Sinn nicht einleuchtet? Die Bundesregierungen haben sich selbstverschuldet in einen Teufelskreis hineinmanövriert: Je größer die Skepsis der Bevölkerung gegenüber der ISAF-Operation wurde, desto mehr wurden die Dinge schön geredet und desto weniger überzeugten die Erklärungen.

Eine Schlussfolgerung aus dem Dilemma war, Kampfeinsätze künftig um jeden Preis zu vermeiden. Aber auch das ist kein Königsweg, denn das Nicht-handeln kann ebenfalls schlimme Folgen haben, wie in Syrien zu beobachten war. Das bedeutet im Umkehrschluss natürlich nicht, immer und überallhin Soldaten zu schicken. In Afghanistan hätte deutlich mehr ziviles Engagement gerade zu Beginn der Mission segensreich wirken können, und man kann fragen, warum Deutschland die Provincial Reconstruction Teams nicht – so wie die Türkei – unter zivile Kommando stellte. Die Konsequenz kann nur sein, sich je nach Situation aus dem sicherheitspolitischen Instrumentenkasten zu bedienen und nichts von vorneherein auszuschließen.

Besonders misslich ist, dass die Bundesrepublik aus der Erfahrung des Afghanistaneinsatzes wenig gelernt hat, wie sich aktuell in Mali zeigt: Die Bundeswehr wird aus außenpolitischen Gründen in eine Auslandsmission geschickt, deren Aufgaben aber nicht von den Notwendigkeiten vor Ort, sondern von der Innenpolitik bestimmt werden. Eine wirkliche Verbesserung für Mali ist schon aufgrund dieses Strukturfehlers kaum zu erreichen. Auch in Zukunft werden die meisten Out-of-Area-Operationen hinter den Erwartungen zurückbleiben, wenn die Bundesregierung nicht endlich zu einem umfassenden, alle Ressorts koordinierenden Ansatz findet, dem eine ehrliche Lageanalyse vorangehen muss. Es ist hohe Zeit, dazu die Strukturen zu schaffen.

Lesen Sie auch die Reportage im morgigen **Hauptstadtbrief**. **Thore Schröder** über die afghanischen Mitarbeiter und Helfer der Bundeswehr, die nach dem deutschen Abzug großen Gefahren ausgesetzt sind.



PRF. DR. SÖNKE NEITZEL

Nach Professuren in Glasgow und der London School of Economics and Political Science lehrt Neitzel Militärgeschichte und Kulturgeschichte der Gewalt am Historischen Institut der Universität Potsdam. 2020 erschien die vielbeachtete Studie „Deutsche Krieger. Vom Kaiserreich zur Berliner Republik – eine Militärgeschichte“ bei Propyläen.

## Dann war ich es aber nicht

Für alle (Koalitions-)Fälle: Wie Markus Söder sich in Seeon subtil in Szene setzt | Von Katharina Hamberger

Als Markus Söder diese Woche in Seeon bei der Klausur der CSU-Landesgruppe eintraf, lief er den kurzen Weg vom Parkplatz zum Kloster zu Fuß, ganz alleine, keine Entourage links und rechts und wie so häufig recht breitbeinig, als wollte er zeigen: Da kommt einer, dem kann wenig etwas anhaben. Er hätte den Weg auch mit dem Auto fahren können, so wie dann einen Tag später – machte er aber nicht. Söder weiß um die Macht der Bilder.

Aber wer in Seeon genau hinhört, merkt: So siegesicher, wie er sich gibt, ist er gar nicht, und deshalb auch nicht zufrieden mit dem Wahlkampf. Der aktuelle Bayerntrend sieht die CSU im Moment bei nur 36 Prozent bei der Bundestagswahl – für jede andere Partei eine gute Vorhersage, für die an absolute Mehrheiten gewohnten Christsozialen eher maue Aussichten. Schon das Bundestagswahlergebnis 2017 war mit 38,8 Prozent ein historisch schlechtes. Und auch die Union insgesamt kommt seit Wochen nicht über die 30 Prozent hinaus. Zwar liegt sie damit wieder weit vor den Grünen, zufrieden ist die CSU dennoch nicht.

In Seeon ist mehrfach die Rede von der „maximalen Mobilisierung“, bloß kein Schlafwagen-Wahlkampf, es laufe nicht von selbst, sagt dann auch Söder. Und all das klingt immer ein bisschen so, als nehme die CSU jetzt in die Hand, was sie Laschet nach wie vor nicht zutraut. Das formulierte Ziel: Nicht nur die stärkste Kraft werden – dass das zu schaffen ist, da ist man sich schon ziemlich sicher bei der CSU, sagte Söder in Seeon – sondern auch die Kraft, gegen die nicht regiert werden kann.



Hier komme ich: Markus Söder in Seeon

Der Kampf um Platz eins habe sich bereits sortiert, analysiert Söder. Deshalb geht die CSU nun dazu über zu schauen, wohin potenzielle Unionswählerinnen abwandern könnten, außer zu den Grünen, und wendet sich entsprechend jetzt der FDP und in Bayern auch den Freien Wählern zu. Was passiert, wenn viele Wähler zu diesen beiden, sich in Teilen doch ähnelnden Parteien gehen, führte die Landtagswahl 2018 der CSU vor Augen. Rund 220 000 Wählerinnen verloren die Christsozialen damals an die Freien Wähler, so viele wie an keine andere Partei, und nochmal 80 000 an die FDP und damit auch die absolute Mehrheit. Seitdem muss sie in einer Koalition regieren.

„Maximale Mobilisierung“ heißt deshalb für die CSU auch, diejenigen an die Union zu binden, die möglicherweise überlegen, zumindest mit der Zweitstimme die Liberalen zu wählen. Das rheinische „me moss och jönnne künne“ – hochdeutsch: „man muss auch gön-

nen können“ – passt nicht in die Strategie der CSU und ihres Vorsitzenden. Sprich, auch an die Liberalen hat man keine Stimmen zu verschenken.

Dass die CSU nun beim Thema Steuerentlastungen den Konflikt mit dem CDU-Vorsitzenden und Kanzlerkandidaten Laschet sucht, hat wohl auch damit zu tun. Denn die FDP springt genau bei diesem Thema an – verbreitet schon, wer Entlastungen wolle, müsse FDP wählen, und schielt damit auf Zweitstimmen.

Gleichzeitig vergisst die CSU die Konkurrenz durch die Grünen nicht. Denn wie schnell sich die Umfragen ändern können, hat dieser Wahlkampf schon mehrfach gezeigt. Bislang, so die Analyse, hat man vor allem von den Fehlern der Grünen profitiert, aber noch nicht von den eigenen Inhalten. Deshalb geht es nun aus Sicht der CSU darum, eigene Akzente zu setzen, sich bloß nicht treiben zu lassen und schon gar nicht hinterherzurrennen. Das gilt vor allem beim Thema Klimawandel, das durch die Flutkatastrophe in Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz nochmal zusätzlich Bedeutung bekommen dürfte. In der kommenden Woche will Söder eine Regierungserklärung im Landtag zu Klimaschutzmaßnahmen abgeben. Solche Ereignisse können Wendepunkte im Wahlkampf sein. Das weiß die CSU – spätestens seit Edmund Stoibers Versäumnis im Wahlkampf 2002, auf die damalige Flutkatastrophe hinreichend engagiert zu reagieren – sprich: wie Gerhard Schröder in Gummistiefeln durch die Krisengebiete zu marschieren –, nur zu genau.

Interessant zu beobachten ist aber auch, dass es die CSU gerade tunlichst vermeidet, über eine Koalition mit den Grünen zu sprechen, stattdessen ist immer wieder von der sogenannten Deutschlandkoalition die Rede, also einer Koalition aus Union, SPD und FDP. Das muss noch keine Koalitionsaussage sein – im Moment ist es vor allem Teil der Strategie. Denn die Fokussierung auf eine Koalition aus Union und Grünen könnte so manch unentschiedenem Wähler signalisieren: Wo auch immer du dein Kreuz machst, die Koalition steht schon fest. Die CSU will verhindern, dass genau diese Menschen auf dem Wahlzettel ihre Stimme splitten, und sendet das Signal: Wer Union will, darf nicht Grün wählen. Gleichzeitig ist es ein Zeichen an die Konservativen und Neoliberalen, die Angst haben, mit der Union kämen auch die Grünen in eine Regierung.

Dass so eine Koalition wahrscheinlich schwierig zu bilden ist, weil schon allein die SPD keine große Lust mehr hat, weitere vier Jahre mit CDU und CSU zusammenzuarbeiten: geschenkt! Es geht ausschließlich um die Botschaft und das Ziel, am Ende wieder die Regierung anführen zu können. Im Grunde dürfte es wahrscheinlich auch nicht im Sinne der CSU sein, eine solche Koalition auf Bundesebene schließen zu müssen. Denn damit säßen allein vier Parteien am Verhandlungstisch, wenn es um einen Koalitionsvertrag geht. Für die dann doch im Vergleich kleine CSU würde es das nicht leichter machen, die eigenen Projekte durchzubringen – was Teil ihres Erfolges ist – und auch noch bedeutende Ministerien zu besetzen.

Spannend wird nun zu beobachten sein, ob die Strategie der CSU in diesem Wahlkampf, der so anders ist als die vorherigen, aufgeht. Wenn aber nicht, ist Söders Vorteil: Er kann die Verantwortung an Laschet weitergeben. Dafür wird schon vorgebaut. Denn meist, wenn auf die Umfragewerte von Union und vor allem der CSU verwiesen wird, lässt Söder fallen, dass seine Zustimmungswerte nach wie vor gut seien – die subtile Botschaft: An mir liegt's nicht!



KATHARINA HAMBERGER

Ist seit 2012 Korrespondentin im Hauptstadtstudio des Deutschlandfunks und beobachtet unter anderem die Unionsparteien. Zuvor hat sie Medien-, Politikwissenschaft und Journalismus studiert und anschließend beim Deutschlandradio volontiert.

### AUF DEN ZWEITEN BLICK



INGE KLOEPPER

Ist freie Journalistin. Sie schreibt u.a. für die Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung und veröffentlichte zahlreiche Bücher, darunter die Biographie Friede Springers, für die sie als Wirtschaftsjournalistin des Jahres ausgezeichnet wurde.

### Maßstäbe

Kaum hatte die EU-Kommission diese Woche ihr Klimapakete vorgestellt, schon prasselte vor allem Kritik auf die 27 Kommissare einschließlich ihrer Präsidentin ein – von Experten, von Umweltschützern, von der Industrie, von den Medien. Zu unambitioniert, sagen die einen, zu teuer für den weltweiten Gesamtnutzen die anderen, zu wettbewerbsverzerrend, zu einseitig in den Maßnahmen. Vielleicht zu spät, hieß es auch – nach einer zweijährigen Verhandlungsphase blieben nur noch gut sechs Jahre, um bis 2030 die 55 Prozent CO<sub>2</sub>-Reduktion im Vergleich zu 1990 zu erreichen.

Ähnliches ist eine Woche zuvor der G20 widerfahren, als sie in Venedig ihr Verhandlungsergebnis präsentierte, das eine globale (sic!) Mindestbesteuerung für internationale Unternehmen von 15 Prozent vorsieht. Ein einzigartiges Vorhaben, und wieder hieß es für die einen, es sei vor allem bezogen auf die Höhe des Steuersatzes nicht ehrgeizig genug. Andere zweifelten an der Umsetzbarkeit. Dabei haben sich 131 von den 139 in der OECD zusammengeschlossenen Staaten zumindest auf Arbeitsebene einverstanden erklärt. Schon das ist sehr erstaunlich, wo doch der Kampf um Standortvorteile von Nationalstaaten gerne über niedrige Steuersätze geführt wird.

So unterschiedlich die beiden Vorhaben sind, so unvergleichbar die Ebenen, auf denen sie erdacht wurden und nun weiterverhandelt werden müssen, so divers die Herausforderungen. Und so wenig man sie eigentlich in einem Atemzug nennen sollte – die viele Kritik, die beiden Vorhaben widerfährt, bevor sie erst richtig begonnen haben, ist wohlfeil. Sie ist vielfach nicht kreativ, nicht innovativ, den Vorhaben nicht förderlich.

Es hätte die Chance gegeben, auch einmal anders zu reagieren – mit einer gewissen Faszination dafür, dass sich erstmals seit Jahren Politiker verschiedener Nationalitäten gemeinschaftlich auf Maßnahmen verständigen, um endlich zwei globale Großbaustellen in Angriff zu nehmen.

Natürlich hätte die EU besser daran getan, sich Klimaschutzmaßnahmen nicht erst dann zuzuwenden, wenn das Abschmelzen der Polkappen unabwendbar ist und Schüler massenhaft auf die Straßen gehen. Und natürlich hätte sich die G20 viel früher über den unerträglichen Missstand Gedanken machen müssen, dass die ertragreichsten Konzerne der Welt sich jeglicher Steuerpflicht entziehen, während die einzelnen Staaten vor allem ihren Mittelstand schröpfen.

Doch: Besser spät als gar nicht. In den zwei vergangenen Wochen sind zwei hochinteressante Experimente gestartet, die für die Nationalstaaten weitere Souveränitätsverzichte mit sich bringen werden. Es könnten tatsächlich zwei beispielhafte Prozesse beginnen, die kleinzureden das falsche Signal ist, weil sie das Potential haben, die Maßstäbe internationaler Zusammenarbeit zu verändern